

## Die sozialisierte Marktwirtschaft

Damit ja kein Mißverständnis aufkommt: es soll hier nicht von der „sozialen Marktwirtschaft“ gesprochen werden, wie dies etwa *Anton Reithinger* erst jüngst getan hat<sup>1)</sup>, sondern von einer „sozialpolitisch gelenkten Marktwirtschaft“, wie sie *Carl Föhl* vorschwebt<sup>2)</sup>.

Föhl wendet sich mit seinen Vorschlägen direkt an die Gewerkschaften. „Es wäre mehr als zu begrüßen“, schreibt er, „wenn die vorliegenden Untersuchungen dazu beitragen würden, den unwürdigen Kuhhandel“ der Gewerkschaften „um die Nominallohnerhöhungen aus der Welt zu schaffen und ihn durch eine sachliche Diskussion über wirklich zum Ziele führende Wege einer sozialen Verteilungspolitik zu ersetzen“<sup>3)</sup>.

Dem kann man prinzipiell zustimmen; allerdings mit den Vorbehalten, daß die Gewerkschaften nun einmal „Kartelle für den Verkauf von Arbeitskraft“<sup>4)</sup> geworden sind und daß sich die Arbeiter mit ihrer Hilfe sehr wohl einen höheren Lebensstandard erkämpfen konnten.

Föhl wird das sicherlich auch anerkennen. Er wird wahrscheinlich nur den letzten Satz durch den Nachtrag ergänzen wollen: ... im Soge der jeweiligen Konjunkturen; und damit hätte er abermals nicht unrecht. Schließlich dreht es sich in seinem Konzept unter anderem auch um die Beseitigung dieser Trendabhängigkeit gewerkschaftlicher Wirtschaftspolitik.

Doch nun zu seinem Konzept selbst. Es kann zwar auf diesen wenigen Seiten nur sehr unzureichend wiedergegeben werden, doch muß diese Reproduktion genügen, um zur Originallektüre anzuregen.

### *Das Föhlsche Modell*

Föhl geht von der *Euckenschen* Alternative aus: Marktwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft. Keine dieser beiden Bedienungsvorschriften der modernen Industriegesellschaft findet jedoch seine volle Zustimmung. *Er will weder die totale Vergesellschaftung aller Produktionsmittel noch die ungehemmte Anarchie der Wirtschaftsfreiheit.*

Er weiß natürlich, „daß man die Wirtschaft nicht einfach sich selbst überlassen kann“ und „daß die ordnende und lenkende Hand des Staates notwendig ist, wenn bestimmte wirtschaftspolitische Ziele verwirklicht werden sollen“. Er weiß aber auch, daß es „zwei grundsätzlich verschiedene Arten“ gibt, nach welchen „die Hand des Staates wirksam werden kann“<sup>5)</sup>:

1. die Methode „der *punktualen Eingriffe* in die Unternehmertätigkeit im Einzelfall“ mit Kontingentierungen, Bewirtschaftungen, Zuteilungen, Dringlichkeitsbescheinigungen, Devisen- und Einfuhrgenehmigungen usw.
2. die Methode der „*zentralen Lenkungsmaßnahmen*“, bei der für alle Wirtschaftstreibenden gemeinsam die Bedingungen gesetzt werden, unter denen sich dann die wirtschaftliche Tätigkeit des einzelnen vollzieht.

Zwischen diesen beiden Methoden gilt es prinzipiell zu wählen, und Föhl entscheidet sich ohne zu zögern für die „zentralen Lenkungsmaßnahmen“.

Maßgeblich für diesen Entschluß ist neben einschlägigen theoretischen Überlegungen vor allem die Tatsache, daß sich „die politischen Tendenzen der liberalen ebenso wie der

1) A. Reithinger, Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand, Frankfurt/Main 1958.

2) C. Föhl, Möglichkeiten einer künftigen Fiskalpolitik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 79/1957, S. 59.

3) Ebenda, S. 47.

4) J. Strachey, Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1957, S. 147

5) C. Föhl, a.a.O., S. 3.

sozialistischen Seite in jüngster Zeit mehr und mehr“ einer Wirtschaftsform zuneigen, „bei der unter grundsätzlicher Beibehaltung einer dezentral geleiteten Produktion und des marktwirtschaftlichen Güteraustausches dem Staat weitgehende Ordnungs- und Lenkungsmöglichkeiten vorbehalten werden<sup>6)</sup>).

Mit anderen Worten: Zwischen den kapitalistischen und kommunistischen Bedienungsvorschriften der modernen Industriegesellschaft beginnt sich *ein dritter Weg* abzuzeichnen — (der beileibe nicht mit dem *Röpkes* identisch ist) —, und dieser Weg führt schnurgerade zum Standort des Föhlschen Modells.

Selbstverständlich ist dieses Modell einer „sozialpolitisch gelenkten Marktwirtschaft“ nicht das einzige, das an dieser Straße liegt. Im Gegenteil: Die ganze Menge unserer zeitgenössischen Mischwirtschaftsmodelle reiht sich zu beiden Seiten dieses Weges, und wie die meisten unter ihnen beansprucht auch das Modell Föhls *ein Maximum an wirtschaftspolitischer Leistungsfähigkeit* für sich.

Mit seiner Hilfe soll nämlich aufgezeigt werden können, „daß und inwiefern eine zielbewußte, den jeweiligen Gegebenheiten sachverständig angepaßte Fiskalpolitik ganz neue Möglichkeiten eröffnet, und daß es durch die bewußte Herbeiführung eines Überschusses oder eines Defizits im Staatshaushalt möglich wird, nicht nur den Beschäftigungsgrad zu stabilisieren, sondern auch das Wachstumstempo des Sozialprodukts zu wählen und die Einkommensverteilung und damit auch die Verteilung der Vermögensbildung in einem gewünschten Sinne zu beeinflussen. Es wird sich weiter zeigen, daß unter dieser Voraussetzung die übrigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben, die Konstanz oder die planmäßig gesteuerte Veränderung des Geldwertes und der Ausgleich der Zahlungsbilanz mit den restlichen, bekannten Steuerungsmitteln unschwer zu lösen sind“<sup>7)</sup>.

Unter diesen „restlichen, bekannten Steuerungsmitteln“ wird dabei vor allem eine spezifische Lohn- und Zinspolitik verstanden, und neben der erwähnten Fiskalpolitik kommt — soweit sie darin nicht schon inbegriffen ist — natürlich auch die Steuerpolitik zum Zug.

Damit sind aber nicht nur sämtliche Ziele, sondern auch die Mittel aufgezählt, die Föhl zu deren Realisierung für notwendig erachtet. Den *zwei angestrebten Zielgruppen*: nämlich konstanter, bzw. gesteuerter Geldwert und ausgeglichene Zahlungsbilanz einerseits, und Vollbeschäftigung, geregeltes Wirtschaftswachstum und angemessene Einkommens- bzw. Vermögensverteilung andererseits, stehen die *zwei Mittelgruppen* der Lohn- und Zinspolitik sowie der Steuer- und Fiskalpolitik gegenüber, so daß man sich bereits ein grobes Bild von der Leistungsart und der Leistungskapazität des gegenständlichen Modells machen kann, besonders wenn man weiß, daß das zentrale Lenkungsmittel der Fiskalpolitik sowohl liquiditätsneutral als auch liquiditätsaktiv gehandhabt werden kann.

Genauer: „Im Falle einer *liquiditätsaktiven* Fiskalpolitik werden beim *deficit spending* die Mittel zur Deckung des Defizits aus einer unter Mitwirkung der Notenbank zustande kommenden Geldschöpfung der Banken beschafft und beim *surplus saving* die gebildeten Überschüsse als Guthaben des Staates bei der Notenbank oder bei den Geschäftsbanken gehortet. Liquiditätsaktiv ist diese Art der Fiskalpolitik, weil dabei der Wirtschaft durch das *deficit spending* zusätzliche Geldmittel zugeführt und durch das *surplus saving* Geldmittel entzogen werden.

Eine *liquiditätsneutrale* Fiskalpolitik liegt dagegen vor, wenn die der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel sowohl beim *deficit spending* als auch beim *surplus saving* unverändert bleiben, d. h. wenn beim *deficit spending* die der Wirtschaft in Gestalt zusätzlicher Staatsausgaben zuzuführenden Mittel durch Anleiheaufnahmen am Kapital-

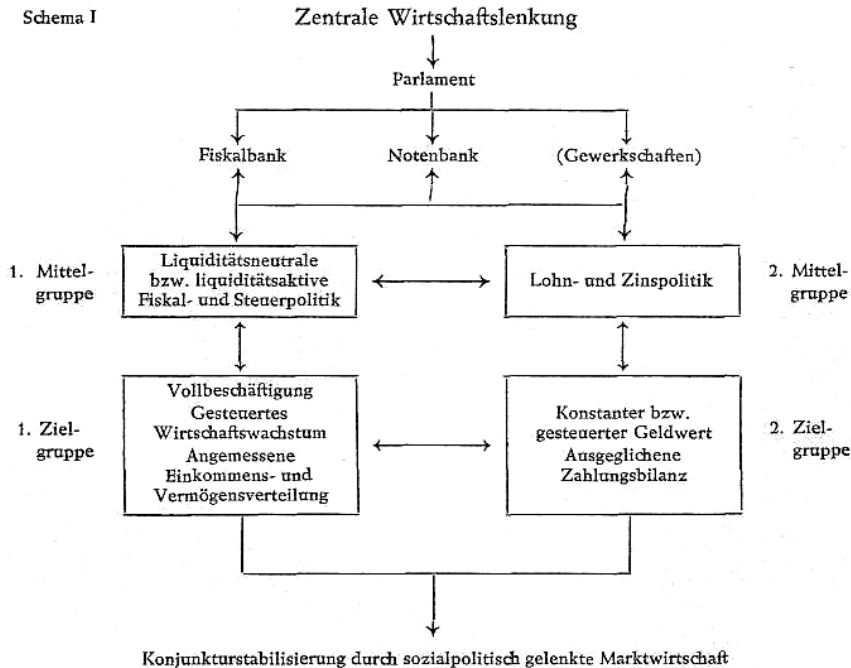
6) Ebenda, S. 2.

7) Ebenda, S. 5.

markt beschafft werden und wenn beim *surplus saving* die der Wirtschaft durch die Besteuerung entzogenen, nicht wieder verausgabten Mittel ihr durch Anlage am Kapitalmarkt wieder zugeführt werden<sup>8)</sup>.“

Aber auch das ist noch nicht alles. In strenger Anwendung des demokratischen Prinzips der Teilung der Gewalten soll nämlich die entsprechende Wirtschaftsgesetzgebung dem Parlament als *zusätzliche* Befugnis übertragen werden, während die Durchführung der einschlägigen Bestimmungen in die Hände einer noch zu schaffenden, notenbankähnlichen Bundes- oder Staatsfiskalbank gelegt werden soll.

Mehr braucht vorderhand nicht gesagt zu werden. Die bisherigen Ausführungen sollten vielmehr genügen, um das nachstehende Schema des Föhlschen Modells wenigstens grundsätzlich zu erfassen.



Nur über die *Stellung der Gewerkschaften* muß noch zusätzlich gesprochen werden: Föhl nimmt sie zwar als gegeben hin und gewissermaßen widmet er ihnen sogar sein Modell, aber er unterläßt es geflissentlich, ihre Position darin eindeutig zu fixieren. Ihr Standort ist (in diesem Schema) daher mehr ein Resultat der Wirtschaftslogik, denn ein solches der Modellanalyse.

Soviel zum vorstehenden Schema einer sozialisierten Marktwirtschaft, deren zentrale Steuerungsmittel angeblich ausreichen sollen, um alle Stabilisierungsaufgaben zu bewältigen. „Der Nutzen, der aus einem sachkundigen Einsatz der Fiskalpolitik gezogen werden könnte, geht“, nach Föhl, sogar „über die Ermöglichung einer zuverlässigen Konjunktursteuerung weit hinaus. Als Werkzeug einer zentralen Wirtschaftslenkung ergänzt sie das bisher verwendete Instrumentarium in so glücklicher Weise, daß durch ihre Handhabung die Verwirklichung *aller* vertretbaren wirtschafts- und sozialpolitischen Postulate in einer freien Marktwirtschaft ohne punktuelle Eingriffe der Behörde, ohne Wirtschaftspolizei und Dirigismus in den Bereich des Möglichen rückt<sup>9)</sup>.“

8) Ebenda, S. 32.

9) Ebenda, S. 48.

*Die praktischen Erfahrungen*

Wir wissen alle, daß das vorliegende Modell keineswegs nur eine theoretische Konstruktion im luftleeren Raum darstellt. Im Gegenteil: Für die Anwendung der „ersten Mittelgruppe“ in Depressionszeiten spricht bereits eine reiche praktische Erfahrung — gerade in Deutschland.

Erinnern wir uns nur an die dreißiger Jahre.

Die herrschende Theorie vertrat damals den Standpunkt, daß alle laufenden Ausgaben des Staates durch Steueraufkommen gedeckt sein müßten und daß man Anleihen nur zur Finanzierung selbstliquidierender Projekte auflegen dürfe. Auch die sogenannte „Brauns-Kommission“ war dieser Ansicht.

Natürlich gab es daneben ein paar Außenseiter, die der gegenteiligen Meinung waren und die eine Politik der „produktiven Kreditschöpfung“ vertraten — zu ihnen gehörten in Deutschland *Albert Hahn*, *Fritz Baade* (mit dem WTB-Plan) und last, not least mein nachmaliger Lehrer *Robert Nöll v. d. Nahmer*<sup>10)</sup>.

Ihre Erkenntnisse sind inzwischen wissenschaftliches Allgemeingut und das *deficit spending* selbst zu einem durchaus hoffähigen „Mittel zur Bekämpfung von wirtschaftlichen Depressionen geworden“<sup>11)</sup>.

Und nun zum *surplus saving*:

Dieses Lenkungsinstrument spielt innerhalb der antizyklischen Fiskalpolitik genau die entgegengesetzte Rolle. Man versteht darunter die Anhäufung von Überschüssen durch die öffentliche Hand in Zeiten der *Hochkonjunktur*.

Man hat das „in der Bundesrepublik in jüngster Zeit erlebt, als der Bundesfinanzminister durch Nichtwiederverausgabe erhobener Steuermittel laufend jährlich einen Betrag von rund 3 Mld. DM ‚in den Juliesturm‘ legte. Wenn auch dieses Vorgehen nur als Vorsorge für die Finanzierung künftiger Ausgaben, insbesondere der Wiederaufrüstung, und nicht etwa als konjunkturpolitische Maßnahme gedacht war, so läßt sich doch gewiß nicht bestreiten, daß es nichtsdestoweniger in einer Wirtschaft, die inzwischen die Vollbeschäftigung erreichte und Anzeichen einer drohenden Konjunkturüberhitzung aufwies, in sehr wohlthuender Weise konjunkturdämpfend gewirkt hat“<sup>12)</sup>.

Natürlich kann man das nicht ähnlich klar belegen, wie beim *deficit spending*. Dazu ist die Politik des *surplus saving* einfach nicht spektakulär genug. Man kann nur schließen, wie es „andernfalls“ gekommen wäre — nicht nur im konkreten Falle, sondern überhaupt —, und man muß sich damit abfinden, daß solches Argumentieren niemals restlos überzeugt.

Trotzdem, meint Föhl — und das ist nach alledem wohl unbestreitbar —, hat man „in der jüngsten deutschen Geschichte schon einige praktische Erfahrungen sammeln können hinsichtlich der konjunkturpolitischen Wirkung jener beiden Maßnahmen, deren je nach den Umständen abwechselnde Anwendung das Wesen dessen ausmacht, was wir ‚Fiskalpolitik‘ im engeren Sinne nennen, des *deficit spending* in Depressionszeiten und der Rücklagenbildung aus Steuermitteln in der Hochkonjunktur“<sup>13)</sup>.

*Das Funktionieren des Modells*

Wie erinnerlich stellt sich Föhl die Aufgabe, an seinem Modell nachzuweisen, „daß durch Maßnahmen einer zentralen Behörde gemeinsam für alle Wirtschaftstreibenden die Bedingungen gesetzt werden“ können, „unter denen sich“ nicht nur alle fünf wirt-

10) Vgl. dazu die nach wie vor klassische Schrift: Der volkswirtschaftliche Kreditfonds. Versuch einer Lösung des Kreditproblems, Berlin 1934, bzw. den einschlägigen Artikel im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“.

11) C. Föhl, a.a.O., S. 7.

12) Ebenda.

13) Ebenda, S. 8.

## DIE SOZIALISIERTE MARKTWIRTSCHAFT

schaftspolitischen Zielsetzungen (der 1. und 2. Zielgruppe) verwirklichen lassen, sondern unter denen sich auch die „die wirtschaftliche Tätigkeit des einzelnen in voller Selbstverantwortung vollzieht“, so „daß sich die unternehmerische Initiative ohne dirigistische Bevormundung“<sup>14)</sup> frei entfalten kann.

Um dies zu erreichen, gibt es seiner Meinung nach zwei Wege:

- (I) den traditionellen, über die Steuerung der Investitionen durch die Geldversorgungs- politik und
- (II) den modernen, über die Steuerung der Verbraucherausgaben durch die Fiskalpolitik.

Wir werden uns mit beiden zu befassen haben.

(I) Was die traditionelle *Geldversorgungspolitik* anlangt, so vermag dieselbe die kontraktbestimmten Lohneinkommen naturgemäß nicht *direkt* zu beeinflussen. Der sogenannte „Lohnfonds“, d. i. das Konsumentengeld von etwa 70 bis 90 vH der Bevölkerung, bleibt von ihr vorerst völlig unberührt. Was durch eine von der Notenbank betriebene expansive oder restriktive Geldmengenpolitik in erster Linie beeinflusst werden kann, ist immer nur der Fonds des Unternehmergeldes, aus dem die Investitionen gespeist werden. Erst indirekt, wenn durch das Ausbleiben entsprechender Investitionen die Zahl der Arbeitsplätze sinkt bzw. durch zusätzliche Investitionen gesteigert wird, vermag eine solche Geldversorgungspolitik auch den Lohnfonds zu beschneiden oder aufzufüllen und damit die Verbraucherausgaben zu beeinflussen.

Theoretisch müßte das indes genügen, um wenigstens die Vollbeschäftigung und ein gewisses Wirtschaftswachstum sicherzustellen.

Allerdings nur theoretisch, denn praktisch reicht die Geldversorgungspolitik allein nie aus, um die erwähnten Ziele zu erreichen. „Weder ihr Griff auf die verfügbaren Investitionsmittel und damit auf das ‚Können‘ der Unternehmer noch ihre Wirkung durch den Zinsfuß auf ihr ‚Mögen‘ ist straff und zwingend genug, um eine zuverlässige Steuerung der Investitionshöhe zu garantieren. Man kann durch die Geldversorgungspolitik einen gewissen Einfluß in der gewünschten Richtung ausüben, aber mehr leistet sie nicht. Man kann mit ihr keine exakte Steuerung durchführen, solange die Verfügungsberechtigten des anfallenden Geldkapitals ihre Guthaben nach Gutdünken einsetzen oder stilllegen können und solange die Parameter der Zins-Investitions-Skala, der Akzeleratoreffekt und der erwartete Rationalisierungsgewinn die Entschlüsse der Investoren in wesentlich stärkerem Maße beeinflussen als der Zins<sup>15)</sup>.“

(II) Bei der modernen *Fiskalpolitik* liegen die Dinge wesentlich anders. Eine *direkte* Steuerung der Verbraucherausgaben ist mit ihrer Hilfe ohne weiteres möglich, und das ist aus zwei Gründen von Bedeutung:

Einmal können die Sekundärwirkungen von Unterinvestitionen, denen als Arbeitslosigkeit und Volkseinkommensenkung eine unheilvolle kumulative Tendenz innewohnt, durch ein gegenläufiges *deficit spending* ebenso ausgeglichen werden, wie die inflationären Wirkungen einer Überinvestition durch ein entsprechendes *surplus saving*, und zum anderen wirken derartige fiskalpolitische Maßnahmen auch zwingend auf das „Mögen“ und „Können“ der Unternehmer ein.

„In erster Linie zielt die Beschränkung der Verbrauchsausgaben“ natürlich „auf eine Dämpfung der unternehmerischen Initiative, also auf das ‚Mögen‘ ab“, denn „es steht wohl außer Frage, daß der erwartete Auftragseingang die beherrschende Größe ist, nach der die Unternehmer sowohl ihre Produktion als auch ihre Investitionsabsichten richten<sup>16)</sup>.“ Aber auch das „Können“ der Unternehmer vermag auf diese Weise recht erfolg-

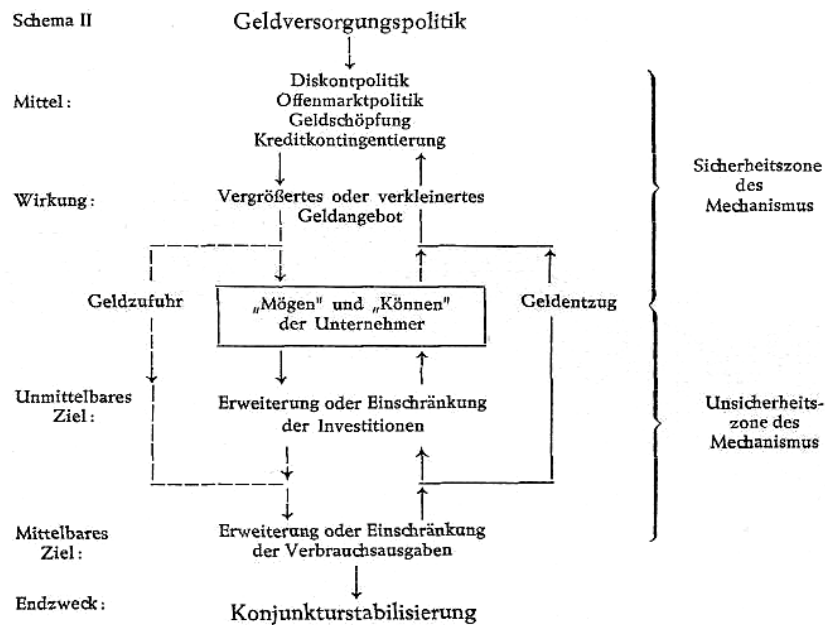
14) Ebenda, S. 4.

15) Ebenda, S. 28.

16) Ebenda, S. 31.

reich beeinflusst zu werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine liquiditätsaktive Handhabung der Fiskalpolitik, da nur durch sie eine entsprechende Dosierung des Geldumlaufs herbeizuführen ist. Nur sie vermag aber auch „in Depressionszeiten die zusätzliche Geldmenge in die Wirtschaft einzuschleusen und ihr in Zeiten der Hochkonjunktur die das gewünschte Maß übersteigende Geldmenge zu entziehen. Sie ist also neben ihrer unmittelbaren und mittelbaren Wirkung auf den Ausgabenstrom auch noch geradezu ein Steuerungsmittel der Geldversorgungspolitik, so daß man bei ihr von einer dreifachen konjunkturpolitischen Wirkung sprechen kann“<sup>17)</sup>.

Es empfiehlt sich, hier zu unterbrechen und zur Erleichterung des Verständnisses sowie zur größeren Übersichtlichkeit die eben besprochenen Wege der zentralen Wirtschaftlenkung auch schematisch darzustellen:



Die eigentliche Schwäche des Systems liegt beim umrandeten „Mögen“ und „Können“ der Unternehmer.

Genauer: *Die Ankurbelung des „Mögens“* ist dabei unvergleichlich schwieriger als die *Drosselung des „Könnens“*. Im letzteren Fall genügt nämlich schon „die Verknappung des Geldkapitals, falls sie bewirkt werden kann“ — und sie kann mit Hilfe der angeführten Mittel bewirkt werden —, um drohende Überinvestitionen zu verhindern. Im ersteren Fall jedoch — und er wird gerade in Depressionszeiten aktuell — „genügt auch die reichlichste Geldversorgung nicht, um Investitionen hervorzulocken“<sup>18)</sup>.

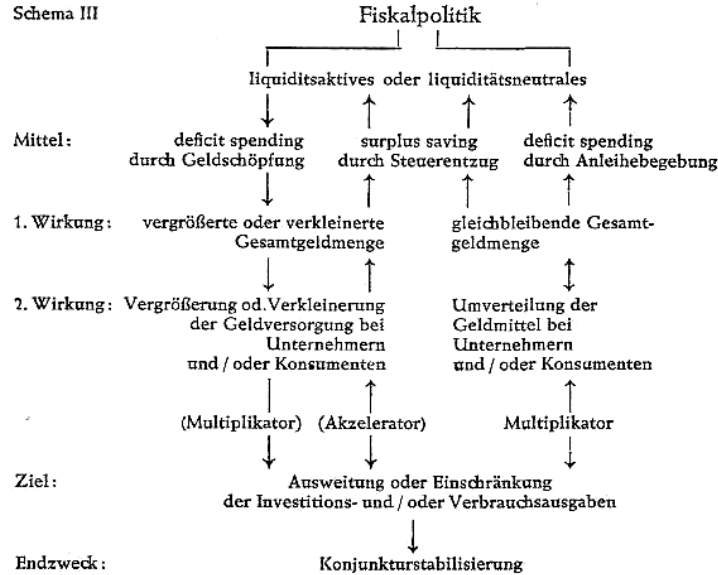
Das Geld mag noch so „billig“ sein: wenn die Unternehmer Absatzsorgen haben, dann sind sie unter keinen Umständen bereit, irgendwelche Investitionen durchzuführen. Der Anreiz der Zinssenkung genügt eben nicht, um in der Praxis die *Geldzufuhr* gerade dann

17) Ebenda, S. 33.

18) Ebenda, S. 20.

## DIE SOZIALISIERTE MARKTWIRTSCHAFT

zu garantieren, wenn sie am dringlichsten erscheint. Der *Geldentzug* funktioniert demgegenüber schon besser; allerdings auch nur, wenn man das drastische Mittel der Kreditkontingentierung einsetzt. — Das alles sollte durch die verschiedene Linienführung des vorstehenden Schemas deutlich werden. Doch nun zum anderen Weg:



Man sieht wohl auf den ersten Blick, daß dieses System von den typischen Schwächen des vorhergehenden frei ist. Die beiden Unsicherheitsfaktoren des unternehmerischen „Mögens“ und „Könnens“ — Föhl spricht in diesem Zusammenhang von zwei Ventilen, „die hintereinander in der Rohrleitung sitzen, durch die der Strom der Investitionsausgaben fließt“ und die beide „geöffnet sein müssen, wenn der Strom fließen soll“<sup>19)</sup> — sind jedenfalls bei der Fiskalpolitik weitgehend ausgeschaltet. Die Initiative liegt hier einzig und allein beim Staat. Er ist der eigentliche Manager der Geldzufuhr und des Geldentzuges, und diese beiden Ströme funktionieren: beim *deficit spending*, da wohl keiner einen Auftrag in der Depression zurückweisen wird, und beim *surplus saving*, da und insoweit das Steuersystem überhaupt effektiv ist.

Der einzige Unsicherheitsfaktor liegt beim *liquiditätsneutralen* Vorgehen. Und auch da nicht beim steuerlichen Geldentzug, denn diesbezüglich gilt das eben Gesagte, sondern bei der Anleihebegebung. Anleihen können nämlich gezeichnet werden oder auch nicht. Hier ist also abermals ein „Mögensventil“ vorhanden. Und dann weiß man auch nie exakt, wer wohl zu den Zeichnern zählen wird. Gerade das ist aber im Hinblick auf den angestrebten *Umverteilungseffekt* einer gleichbleibenden Geldmenge von größter Wichtigkeit.

Soviel zu den beiden Lenkungsmethoden.

Bevor wir jedoch weitergehen und das Föhlsche Modell nach einer dritten Perspektive aufrollen, muß noch etwas gesagt werden:

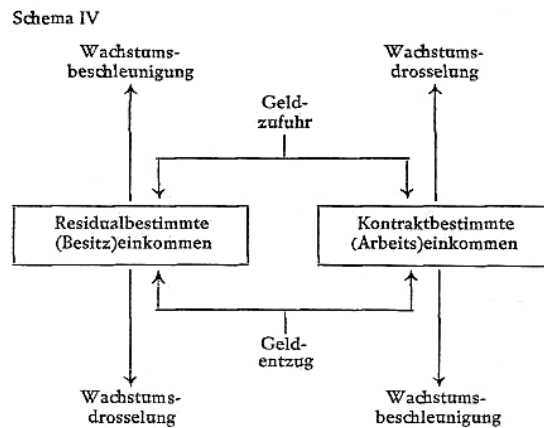
Bei den eben geschilderten zentralen Wirtschaftslenkungswegen handelt es sich selbstverständlich um kein „kompromißloses Entweder-Oder“, sondern vielmehr um zwei Ver-

19) Ebenda, S. 20.

fahren, die in einer zweckmäßigen Weise miteinander koordiniert werden müssen“. Wir haben das bereits in unserem ersten Schema durch die horizontalen Pfeile angedeutet. „Fiskalpolitik und Geldpolitik müssen am gleichen Strang ziehen, und zwar tunlichst nicht, wie dies leicht der Fall sein kann, an zwei verschiedenen Enden. Theoretisch kann mit jeder dieser beiden Maßnahmen allein das gleiche Ziel erreicht werden. Die Unterschiede liegen in der praktischen Wirksamkeit“<sup>20)</sup>, und darauf kommt es letztlich an.

Die praktische Wirksamkeitsanalyse des Föhlschen Modells muß nunmehr noch ein letztes Stück vorangetrieben werden, denn, worüber keines der beiden Schemata direkt Auskunft gibt, das ist die ausdrücklich zu den Modellzielen gehörende und gegenwärtig besonders aktuelle *Steuerungsmöglichkeit des Wirtschaftswachstums*. Insonderheit, weil damit gleichzeitig auch jene „angemessene Einkommens- und Vermögensverteilung“ verbunden ist, um derentwillen Föhl doch die Gewerkschaften angesprochen hat.

Wir werden diese dritte Perspektive ebenfalls an Hand eines sehr vereinfachten Wirkungsschemas darzustellen versuchen:



Verbal ausgedrückt bedeutet das, daß die Methoden der Geldzufuhr und des Geldentzuges nicht nur dazu dienen, um die Verbrauchsausgaben und die Investitionsausgaben gegeneinander abzugleichen, sondern daß sie gleichzeitig auch Verwendung finden können, um das Wachstumstempo der Wirtschaft über eine entsprechende Einkommensverteilung zu regulieren.

Föhl selber kommt dabei zum Schluß, „daß eine als gerecht empfundene Verteilung der Nettoeinkommen“, das ist eine, bei der auch die Arbeitnehmer in befriedigender Weise zum Zuge kommen, „nur um den Preis des Verzichts auf schnelleres Wachstum des Sozialprodukts zu haben ist“<sup>21)</sup>.

Methodisch viel entscheidender jedoch ist folgende Erkenntnis: Jede „Verteilung der Nettoeinkommen und der Vermögensbildung“ zwischen Selbständigen und Unselbständigen kann nur verwirklicht werden, „ohne daß hierzu irgendwelche lohnpolitischen Maßnahmen erforderlich sind“. Diese Einsicht scheint ihm „für die praktische Verteilungspolitik von allergrößter Bedeutung zu sein. Daß generelle Nominalloohnerhöhungen nur zu Preiserhöhungen führen und völlig ungeeignet sind, um der Arbeiterschaft einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu verschaffen, ist nicht nur eine vulgärökonomische Ansicht, sondern diese These hält auch bei sorgfältiger wissenschaftlicher Überprüfung stand. Wenn die Gewerkschaften trotzdem bisher an der Politik der Er kämpfung von

20) Ebenda, S. 33.

21) Ebenda, S. 35.



## DIE SOZIALISIERTE MARKTWIRTSCHAFT

Nominallohnerhöhungen festgehalten haben, dann dürfte das“, seines Erachtens, „da eine Kenntnis der wirklichen Zusammenhänge wenigstens in der Gewerkschaftsleitung wohl vorausgesetzt werden darf, vor allem darauf zurückzuführen sein, daß ihnen ein besseres, wirklich wirksames Mittel zur Erreichung einer angemessenen Beteiligung der Arbeiterschaft auch an der privaten Vermögensbildung nicht gegeben schien“<sup>22)</sup>.

Mit diesem Appell zu einer „sozialen Verteilungspolitik“ sind wir aber wieder dort angelangt, von wo wir hergekommen sind: bei der sozialpolitisch gelenkten Marktwirtschaft“; nur, daß wir nun schon wesentlich mehr über ihr Funktionieren wissen als seinerzeit.

Natürlich ist das Modell Föhls auch jetzt noch längst nicht ausgeschöpft. Es ist aber in drei so wesentlichen Perspektiven dargestellt worden, daß es uns nunmehr erlaubt sein muß, einige abschließende Bemerkungen zu machen. „Abschließend“ allerdings nicht im sachlich-materiellen Sinn — das muß berufenen Kräften vorbehalten bleiben —, sondern abschließend nur in bezug auf unseren Artikel.

### *Schlußfolgerungen*

Föhl ist, das kann man nach alledem wohl sagen, ein profilierter Anhänger jener *endogenen Konjunkturtheorien*, die von einer „Disproportionalität zwischen bestimmten wirtschaftlichen Daten“<sup>23)</sup> ausgehen.

Diese Wirtschaftsdaten sind im konkreten Fall die Investitionsausgaben einerseits und die Verbrauchsausgaben andererseits. Alles Unheil kann vermieden werden, wenn es gelingt, diese beiden Daten zu beherrschen und in ihren Größen gegeneinander abzugleichen.

Wie für alle endogenen Konjunkturtheoretiker, so erschöpfen sich auch für Föhl die diesbezüglich zur Verfügung stehenden Steuerungsmittel notgedrungen in einer stark quantitativ konzipierten Geldpolitik. Geldzufuhr und Geldentzug spielen bei ihm die Hauptrollen, und die antizyklische Fiskalpolitik stellt im Grunde genommen nicht mehr dar als eine — wenn auch faszinierende — Variante dieses monetären Lenkungsapparates.

Mit dieser „Klassifizierung“ Föhls — vorausgesetzt natürlich, daß sie zutrifft — rückt sein Modell allerdings automatisch in den Bereich der Kritik:

- (A) einer *generellen*, welche die „endogenen“ Konzeptionen überhaupt mit einer gewissen Skepsis betrachtet, und
- (B) einer *speziellen*, die sich daraus jeweils im Hinblick auf den Einzelfall ergibt.

Betrachten wir die beiden etwas näher.

(A) „Sobald man“, schreibt *Schmölders*, „auf die Heranziehung von ‚exogenen‘ Faktoren verzichtet, die das Konjunkturgeschehen als von äußeren Einflüssen bewirkte Störungen des Wirtschaftsablaufs erscheinen lassen, bleibt“ wirklich „nur die Zuflucht zur Geldtheorie, um die ‚Disproportionalitäten‘ zu erklären, die in so rätselhaftem Rhythmus und mit so verheerenden Folgen das Wirtschaftsleben der modernen Industriestaaten erschüttern; die Geldtheorie ihrerseits besitzt jedoch, insbesondere in Gestalt der wenig überzeugenden Quantitätstheorie, keineswegs genügend sichere Fundamente, um neben der Deutung der Geld- und Kreditprobleme auch“ noch, „als Grundlage für die Erklärung des Fragenkomplexes dienen zu können, der sich aus den Erscheinungen des Konjunkturverlaufs ergibt“<sup>24)</sup>.

Und im Hinblick auf die „fiskalpolitische Variante“ dieser monetären Therapie heißt es an anderer Stelle: „Staatsausgaben und Steuern sind, im Gegensatz zur Diskont- und

22) Ebenda, S. 47.

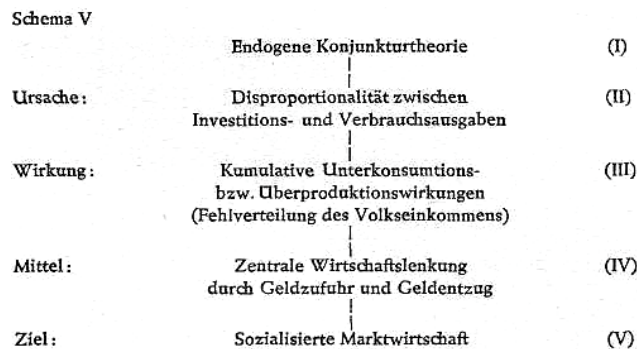
23) G. Schmölders, Konjunkturen und Krisen. Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Hamburg 1955, S. 46.

24) Ebenda, S. 57.

Offenmarktpolitik der Zentralnotenbanken, Resultanten einer *primär politischen Willensbildung*, die ihren alljährlichen Niederschlag im Haushaltsplan findet; ihre Bemessung selbst innerhalb bestimmter, durch einen Index oder eine Indexkombination gezogener Schranken dem Belieben einer Behörde zu überantworten, würde einen Souveränitätsverzicht der Volksvertretung bedeuten, der in der parlamentarischen Demokratie schon politisch undenkbar ist. In diesem Zusammenhang erscheint auch ein Hinweis auf die Strukturwandlungen angebracht, die die *Wirtschaftsordnung* durchmachen müßte, wollte die staatliche Finanzpolitik mit dem Programm des *cyclical spending* und des *flexible tax System* nach dem Maßstab der sogenannten Vollbeschäftigung Ernst machen. Der Einsatz der staatlichen anstelle der fehlenden privaten Investitionen verwandelt über kurz oder lang immer weitere Bereiche der Wirtschaft in ‚volkseigene Betriebe‘, mag man sie so oder anders bezeichnen; zugleich verliert die Wirtschaft, die zunehmend zur Planwirtschaft erstarrt, gerade diejenigen Bewegungselemente, nach deren Spiel die kompensatorischen Eingriffe zu regeln wären<sup>25)</sup>.

Soweit die generelle Kritik, deren auszugsweise Wiedergabe nur einen Teil der einschlägigen Argumentation enthält, doch muß dieser Teil als Hinweis genügen.

(B) Und nun zu den spezielleren Bedenken. Hier werden wir uns zwecks einschlägiger Fragestellung am besten abermals an einem einfachen Schema orientieren:



Einige daraus ableitbare Fragen lauten:

Zu (I): Ist das „endogene Konzept“ überhaupt für eine offene, d. h. exportorientierte und exportabhängige Wirtschaft anwendbar, oder sollte man es nicht lieber nur für geschlossene Volkswirtschaften reservieren? Dafür spräche nicht nur die Logik, sondern auch die Unmöglichkeit sich vorzustellen, wie das angeführte Instrumentarium ausreichen sollte, um „importierte Rezessionen“ unwirksam zu machen.

Zu (II): Ist diese Disproportion a) eine „zufällige“, b) eine „systemimmanente“ oder c) eine Folge der Fehlverteilung des Volkseinkommens? Im ersten Fall wäre sie nur „faktultativ“, im zweiten jedoch „periodisch“ und im dritten „fluktuierend“.

Zu (III): Läge im Falle c) nicht eine merkwürdige Verquickung zwischen „Ursache“ und „Wirkung“ vor, derart, daß man einfach nicht mehr unterscheiden könnte, wo die eine und wo die andere letztlich anzutreffen ist; und ergäbe sich aus b) und/oder c) nicht ein deutlicher Hinweis für eine allfällige „Systemänderung“?

Zu (IV): Ist dieser Mechanismus auch dann noch wirksam, wenn er den Rahmen des „volkswirtschaftlichen Kaufkraftfonds“ verläßt oder braucht er das auch im „long run“ nicht? Ist er weiter so beschaffen, daß er mit der sogenannten „Anomalie der Geldmenge“ ebenfalls fertig wird? Ist zum dritten überhaupt die Quantität der zugeführten oder ent-

25) Ebenda, S. 89/90.

zogenen „Kaufkraftdokumente“ mit der Quantität der damit zu schaffenden oder zu vernichtenden „Kaufkraft“ gleichzusetzen, bzw. in ein „multiplikatives“ oder „akzeleratives“ Verhältnis zu bringen, dem Eindeutigkeit zukommt? Sind die „Paradoxien des wirtschaftlichen Wachstums“, wie sie etwa von *Domar*<sup>26)</sup> dargestellt werden, tatsächlich schon fiskalpolitisch zu beherrschen? Soll des weiteren die „monetäre Atemtechnik“ erst dann einsetzen, wenn die Krise schon akut geworden ist, oder gibt es hinreichende Automatismen — und nicht Behörden —, die dieses System schon vorher in Bewegung setzen? Wird eine Wirtschaft nach solch „künstlicher Beatmung“ jemals wieder ohne die „eiserne Lunge“ der Fiskalpolitik existieren können, oder gibt es da gar keinen Weg zurück?

Zu (V): Ist das „unbehagliche Fünfeck“ der diversen Zielsetzungen wirklich ohne einen „Dirigismus“ aufzulösen, der nicht wenigstens die Ausmaße der seinerzeitigen RSÖ und LSÖ, bzw. des § 22 der KWVO erreicht? Erscheint es unter solchen Umständen dann überhaupt noch angebracht, von einer „sozialpolitisch gelenkten Marktwirtschaft“ zu sprechen? Trifft der Ausdruck „sozialisierte Marktwirtschaft“ für diesen Fall nicht besser zu?

Das alles sind so Fragen, wie sie bei der Betrachtung des Föhlschen Modells anfallen, und Föhl wäre nicht Föhl, wenn er sie selber übersähe. Er geht sogar verschiedentlich recht innig auf sie ein — auf diese und auch noch auf andere —, besonders auf die Frage der „kalten Sozialisierung“ des marktwirtschaftlichen Systems durch seine Fiskalpolitik.

Sie zu beantworten, ist hier nicht der Platz. Sie teilweise zumindest anzuschneiden, war indes vonnöten, denn sonst hätte der Föhlsche *Appell an die Gewerkschaften* leicht einen falschen Unterton erhalten können. Dieser Unterton war zu vermeiden. Der „Appell“ selbst kann bleiben, denn niemand wird leugnen können, daß er für eine Organisation von grundlegender Bedeutung ist, die Zeit ihrer Existenz für eine *Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der „belebten Produktionsmittel“* eingetreten ist. Die Gewerkschaften werden daher auch gut daran tun, die Leistungsfähigkeit des Föhlschen Modells sorgfältig zu überprüfen und sich nicht minder sorgfältig zu überlegen, ob der damit aufgezeigte „dritte Weg“ nicht vielleicht doch beschritten werden sollte. Vielleicht ist er wirklich die gesuchte Resultante aus dem kapitalistisch-kommunistischen Kräfteparallelogramm, die *Strachey* seinerseits unter dem Slogan der „Sozialisierung der Investition“<sup>27)</sup> anpreist.

26) Evsey D. Domar, *Essays in the Theory of Economic Growth*, New York 1957.

27) J. Strachey, a. a. O., S. 210.

## H. G. WELLS

*Wenn es gelänge, einen Weltbund zu schaffen und ein gewisses Maß von sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen, das heißt, dem Großteil der Menschen Bildung des Geistes und Gesundheit des Körpers zu sichern, den meisten Kindern ungefähr dieselben Möglichkeiten zu bieten, so würde die Menschheit ohne Zweifel so sehr an Tatkraft gewinnen, daß eine neue Phase der Geschichte anbräche. Einer ungeheuren Verschwendung wäre ein Ende gesetzt, verursacht durch militärische Vorbereitung und die gegenseitige Verärgerung der wetteifernden Großmächte, und der noch viel größeren Verschwendung, verursacht durch die Unterproduktivität großer Massen von Menschen, die entweder zu reich sind, um Arbeitslust zu empfinden, oder zu arm, um zu nützlicher Leistung zu gelangen.*